



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 10.05.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Bericht der Polizei über die Kriminalstatistik 2016
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass TOP 7 abgesetzt werde.
Nachdem keine Änderungswünsche vorgetragen werden, ruft EBM Seigfried TOP 1 auf.

Herr Prasky (Polizeidirektion Ludwigsburg) informiert anhand einer Präsentation über die Kriminalstatistik 2016. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Bevor Herr Prasky in gekürzter Form die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) vorstellt, geht er auf seine Person ein und teilt mit dass er zwischenzeitlich seit 11 Monaten als Revierleiter in Ludwigsburg tätig sei. Herr Prasky erläutert die einzelnen Folien der Präsentation. Kriminalität sei von vielen Faktoren, wie Nähe zu Ballungsräumen, Tourismus, Pendler, abhängig. Beim Vergleich mit anderen Städten müsse die Infrastruktur, Deliktstruktur und weiteres betrachtet werden. Herr Prasky dankt für die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Verwaltung.

EBM Seigfried merkt an, dass künftig die Trennung der Bezirke Eglosheim und Tammerfeld sinnvoll sei. Bei der Betrachtung der sozialräumlichen Gesichtspunkte und dem Ausbau von Präventionsmaßnahmen sei dies hilfreich. EBM Seigfried dankt Herrn Prasky für die Ausführungen. Danach eröffnet EBM Seigfried die Aussprache.

Stadtrat Meyer spricht seinen Dank aus und fragt nach, ob und wo Verbesserungen erfolgen können.

Die Aufgaben der Polizei seien vielfältiger geworden, insbesondere der Internetstraffälle, so Stadtrat Kasdorf. Der Rückgang der Tageswohnungseinbrüche sei erfreulich. Positiv sehe er die Entlastung durch den KOD. Auch die Bürgerschaft liefere Hinweise. Beim Raddiebstahl sei noch mehr Prävention nötig. Zur Gewalt gegen Polizeibeamte und der Kameraüberwachung am Bahnhof wünsche er sich noch weitere Information. Durch die Kamerainstallation hoffe er auf Verhinderung von Straftaten.

Stadträtin Faulhaber freut sich über die positive Entwicklung. Explizit mache ihr allerdings der Bereich der sexuellen Gewalt Sorge. Sie wünsche sich künftig Impulse, wie diesem bundesweiten Trend entgegengewirkt werden kann. Der Rückgang der Wohnungseinbrüche freue sie. Hier wolle sie ihren Dank aussprechen. Sie wolle wissen, ob zu diesem Thema die Tendenz zur Einführung des „Schweizer Modells“ vorliege und ob es Statistiken zur Gewalt gegen Kinder, Männer, sowie Frauen gebe.

Stadtrat Dengel spricht seinen Dank aus. Insgesamt sehe er es erfreulich, dass die Straftaten zurückgegangen seien. Die Zunahme der Straftaten unter Alkoholeinfluss sei bedauerlich. Der Alkoholverkauf zur Nachtzeit zu untersagen, sei ein politisches Thema. Er könne sich Präventionsmaßnahmen zum Thema Alkoholkonsum an öffentlichen Plätzen vorstellen.

Jede Straftat sei eine Zuviel, so Stadtrat Heer. Erfolg habe die Präsenz der Polizei und des KOD gezeigt. Die Präsenz und Personalstärke solle mit einem eventuellen Rückgang der Straftaten verglichen werden.

Herr Prasky merkt an, dass Ludwigsburg eine Lenkungs- und Arbeitsgruppe eingerichtet habe. Hier habe man die Möglichkeit Ideen und Wünsche vorzutragen. Die Polizei brauche als Partner die Gesellschaft, die Stadt, sowie den KOD.

Stadtrat Meyer sieht heute in der öffentlichen Sitzung, unter Beisein der Presse, die Chance für die Polizei die Öffentlichkeit zu erreichen. Insbesondere wolle er die Internetkriminalität ansprechen. Hier sei es möglicherweise der Bevölkerung nicht bewusst, dass dies bei der Polizei anzuzeigen sei.

Herr Prasky merkt an, dass die Polizei Verhaltenshinweise gebe, sobald vermehrt Fälle bekannt werden. Weiter führt er aus, dass bei Gewalt gegen Polizeibeamte ein Rückgang zum Vorjahr sei, dennoch sei im Zehnjahresvergleich der Wert hoch. Respektlosigkeit erschwere die Arbeit. Bei der Kameraüberwachung am Bahnhof seien die ersten Erfahrungen positiv. Durch die Kamera werde allerdings lediglich der Innenbereich abgedeckt. Zum Thema Sexuelle Gewalt sei der Bereich Exhibitionismus angestiegen. Eine differenzierte Darstellung zur Gewalt gegen Kinder, Männer und Frauen sei möglich, müsse aber separat erstellt werden. Zum Thema Wohnungseinbruchdiebstahl gebe es zwischenzeitlich auch in Baden- Württemberg einen Modellversuch. Eine landesweite Einführung sei nicht bekannt. Ein Alkoholverbot an öffentlichen Plätzen sei für ihn vorstellbar. Aus verschiedenen Artikeln konnte er entnehmen, dass die Kommunen zu diesem Thema ein weiteres Instrument an die Hand bekommen sollen.

EBM Seigfried fügt zum Thema Alkoholkonsum hinzu, dass die Auswirkung eines solchen Instrumentes beachtet werden müsse. Die Überwachung in der Praxis, insbesondere auch bei traditionellen Festen, sehe er umstritten. Mit den Festveranstaltern sei man jährlich im Gespräch. Jeder trage Verantwortung, ob als Festveranstalter, Bürger oder Polizei.

Stadtrat Link macht zum Thema Fahrraddiebstahl den Vorschlag einen Chip zur Ortung in den Fahrradrahmen einzubauen.

Hierzu merkt Herr Prasky an, dass die Schnittmenge zwischen den gestohlenen und aufgefundenen Rädern sehr gering sei. Hier müsse noch optimiert werden.

Nachdem es keine weitere Wortmeldung gibt, schließt EBM Seigfried diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

1. Die für den Grundschulcampus (Anton-Bruckner-Schule / Pestalozzischule) beschlossenen 50% Schulsozialarbeit werden unter Berücksichtigung eines Konzeptvorschlags und den in der Vorlage beschriebenen Synergieeffekte der Karlshöhe Ludwigsburg angeboten.
2. Die für den Innenstadtcampus (Goethe-, Schiller-, und Mörikegymnasium) beschlossenen 50% Schulsozialarbeit werden unter der Berücksichtigung eines Konzeptvorschlags dem Christlichen Verein junger Menschen (CVJM) angeboten.
3. Die für die Osterholzschule (Bildungszentrum West) beschlossenen 50% Schulsozialarbeit werden unter der Berücksichtigung eines Konzeptvorschlags dem Trägerverein der Schulsozialarbeit am Bildungszentrum West angeboten.
4. Die für die Hirschbergschule beschlossenen 50% Schulsozialarbeit werden unter der Berücksichtigung eines Konzeptvorschlags dem Deutschen Roten Kreuz angeboten.

Für die Erweiterung der Schulsozialarbeit an den vier Standorten, werden die bestehenden Leistungsvereinbarungen fortgeschrieben. Die Laufzeit der bestehenden Vereinbarungen bleibt mit der Fortschreibung der neuen Stellenanteile bestehen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
 Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried gibt das Wort an Herrn Burtchen (FB Bildung und Familie) weiter. Im Schulcampi seien bereits Stellen für Schulsozialarbeit angesiedelt, so sei es sinnvoll, die vorhandenen Träger mit der weiteren Ausgestaltung der Konzepte zu beauftragen. Herr Burtchen führt weiter aus, dass Einsparungen bei den Koordinations- und Überwachungsaufgaben erfolgen können. Der Träger sei ortskundig. Die Zusammenarbeit mit der Schule, Netzwerke und Kontakte gebe es bereits.

EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer merkt an, dass im Grundsatz die Vorlage in allen Punkten schlüssig sei. In der damaligen Vorlage sei der 1.1.17 terminiert gewesen. Hierüber wundere er sich und wolle die Länge der Zeit rügen. Ansonsten werde zugestimmt.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit sieht es positiv, dass Stellen aufgestockt werden. Man habe eine Trägervielfalt. Wichtig sei, dass eine gute Zusammenarbeit und Verständigung erfolge. Sie wolle noch wissen, ob alle Stellen gleich bezahlt werden. Zudem merkt sie an, dass ein wichtiger Aspekt die Prävention sei.

bedankt er sich bei den Trägern. In der Schullandschaft sei dies endlich als zentrales Thema angekommen. Die Schulsozialarbeit solle ein selbstverständlicher Zustand sein.

Die Schulsozialarbeit sei sehr wichtig, so Stadträtin Moersch. Verwunderlich sei, dass die Kommune hier mitfinanzieren müsse. Der Vorlage werde zugestimmt. Schulsozialarbeit sei dringend notwendig und sie wünsche sich weitere Aufstockungen. Bei der Anzahl der Schüler müsse hier das Land einsteigen. Die Kommune habe bisher viel geleistet und finanziell unterstützt. Sie hoffe, dass die Mitarbeitergewinnung schnell erfolge.

Stadtrat Heer führt aus, dass seine Fraktion von Anfang an aufgeschlossen gegenüber der Schulsozialarbeit gewesen sei. Positiv sehe er die flächendeckende Einsetzung. Finanzielle Unterstützung durch das Land wäre wünschenswert.

Frau Schmetz merkt an, dass dieselbe Zeittaktung wie in den vergangenen Jahren eingehalten sei. Die Vorlage sei sehr früh vorgelegt worden. Man habe in der Zwischenzeit weiter an der Rahmenkonzeption und an den Modellen der jeweiligen Schulsozialarbeit gearbeitet.

Herr Burtchen fügt noch hinzu, dass die Bezahlung bei allen Trägern gleich sei. Die Aufnahme der Prävention in das Rahmenkonzept werde nochmal im Fachbeirat besprochen.

Die Gesamtstellen seien jetzt 13,5, so EBM Seigfried. In der Vergangenheit habe es über viele Jahre hinweg keine Landesförderung gegeben. Die momentane Landesförderung sei niedrig. Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Frau Funke und Frau Wiest (FB Bildung und Familie) informieren anhand einer Präsentation über die Kontaktstelle Frau und Beruf. Diese Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

EBM Seigfried dankt den Vortragenden und eröffnet die Aussprache.

Stadträtin Seyfang spricht ihren Dank für die Präsentation aus. Sie habe bereits im Integrationsbeirat den Vortrag über das neue Programm gehört und würde es gut finden, wenn das Gremium über das Mentorenprogramm ebenso informiert werde. Schade finde sie, dass Migrantinnen in der Anschlussunterbringung keine Möglichkeit für die Nähwerkstatt haben. Bedauerlich sei, dass manche Themen noch immer aktuell seien, insbesondere die Ungleichheit beim geschlechtsspezifischen Entgelt.

Ebenso ihren Dank für die Präsentation und die kreative und wertvolle Arbeit spricht Stadträtin Steinwand- Hebenstreit aus.

Auch Stadträtin Faulhaber dankt Frau Wiest und Frau Funke. Die Mobilität sei hervorragend. Insbesondere wolle sie wissen, wie die Hochschulstudentinnen der Ludwigsburger Hochschulen einbezogen werden. Leider bestehe die ungerechte Entgeltsituation noch immer.

Stadträtin Moersch dankt ebenso für die erfolgreiche, unermüdliche, vielfältige, kreative und kompetente Arbeit. Sie habe großen Respekt. Frauen haben in unserer Gesellschaft noch immer mehr Schwierigkeiten im Berufsleben und benötigen hier Unterstützung und Orientierung.

Stadtrat Heer könne sich den Redebeiträgen seiner Vorrednerinnen anschließen.

Frau Funke teilt ergänzend mit, dass ein regelmäßiger Austausch mit der ev. Hochschule bestehe. Unter den Studierenden, auch der anderen Hochschulen, sei das Angebot der Beratung bekannt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen eingehen, schließt EBM Seigfried diesen Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

Der Kreis der Berechtigten wird erweitert auf Bezieher von Kinderzuschlag und Bezieher von Jugendhilfe in Form von Leistungen für Betreutes Jugendwohnen.

Die Einkommensgrenzen werden entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Faulhaber
Stadtrat Kube
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried ruft TOP 4 auf und gibt das Wort an Herrn Henning (FB Bürgerschaftliches Engagement) weiter. Herr Henning erläutert die Anpassung der Anspruchsvoraussetzungen für die Ludwigsburg Card. Nachdem keine Aussprache erwünscht ist, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried begrüßt Frau Dr. O'Sullivan und Herrn Schick von der Agentur für Arbeit und Frau Falke vom Jobcenter.

Die Bundesagentur für Arbeit und der Job-Center des Landkreises Ludwigsburg informieren anhand einer Präsentation über die Integration von Geflüchteten durch Arbeit.

Herr Schick teilt mit, dass es 391 Bewerber im Landkreis gebe, darunter seien 50 aus Ludwigsburg. Seit Januar 2016 habe man 76 Klienten vermittelt, davon 30 an Ludwigsburger Firmen, so Schick. Frau Dr. O'Sullivan merkt an, dass die Arbeit durch die unklare Bleibeperspektive, die ungewisse Flüchtlingszugangsentwicklung, die unterschiedliche Praxis der Ausländerbehörden im Landkreis sowie die Reaktion der Arbeitgeber erschwert sei. Man habe engagierte Unternehmen im Stadtkreis. Bei den großen Betrieben würde sie sich über mehr Zusammenarbeit in diesem Thema freuen.

Frau Falke führt aus, dass Flüchtlinge mit Arbeitserlaubnis vom Jobcenter betreut werden. Die größte Gruppe seien die Syrer. Es gebe die Integration in Arbeit, in Ausbildung und die Heranführung an den Arbeitsmarkt. Frau Falke informiert zudem über die Förderinstrumente, die nur dem Jobcenter zustehen.

Mit dieser Thematik beschäftige man sich in unterschiedlichen Foren, so EBM Seigfried. Realistisch sei der Zuwachsentwicklung der Flüchtlinge nicht einzuschätzen. Aktuell seien in Ludwigsburg 1.015 Flüchtlinge in Einrichtungen untergebracht. Das Thema Integration werde künftig noch stärker geprägt sein. Die Arbeit der Arbeitsagentur und des Jobcenters seien von enormer Bedeutung, da Arbeit zum Alltag gehöre. Das Ausländerrecht sei in der Praxis nicht immer hilfreich. Aktuell habe OBM Spec und EBM Seigfried den Innenminister angeschrieben, da insbesondere die Situation der jungen Menschen in Jugendhilfemaßnahmen nicht am Ausländerrecht scheitern dürfe. Im Anschluss eröffnet EBM Seigfried die Aussprache. Es handle sich um Bundesrecht. Eine Verknüpfung zwischen Jugendhilfemaßnahmen und Aufenthaltsstatus sei wünschenswert.

Stadtrat Köhle dankt für den Vortrag. Positiv könne er persönlich von einer guten

Zusammenarbeit berichten.

TOP 5

Integration von Geflüchteten durch Arbeit
- mündlicher Bericht

Ebenso ihren Dank spricht Frau Faulhaber aus. Leider kenne sie auch Fälle, bei denen die Arbeitserlaubnis entzogen worden sei. Sie wolle noch wissen, welches Angebot des Jobcenters gerne angenommen werde? Es gebe eine hervorragende Integrationsforschung, man müsse realistisch bleiben. Die Forschung habe ergeben, dass der erste Arbeitsmarkt frühestens in 15 Jahren erreicht sei. Mit einem Einwanderungsgesetz könne mehr erreicht werden.

Stadtrat Dengel dankt ebenso für die wichtige Arbeit. Die Flüchtlinge sollen in der Gesellschaft aufgenommen werden und dort auch ankommen.

Stadtrat Heer merkt an, dass die Integration schnell erfolgen solle und spricht seinen Dank aus. Es sei ein enormer finanzieller Aufwand, der auch mit Erfolg gekrönt sein solle.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit wolle wissen, ob die Personen ohne Sprachkursangebot von Ehrenamtlichen betreut werden und wie die Bewohner im ehemaligen TELEKOM Gebäude versorgt seien.

Hierzu merkt EBM Seigfried an, dass der Träger das Landratsamt sei.

Stadträtin Moersch hätte sich gewünscht, die Unterlagen vorab zu erhalten. Sie habe Kontakt zu den Unternehmen und wolle wissen, wer der konkrete Ansprechpartner sei.

Hierzu teilt Herr Schick mit, dass sich die Unternehmen sowohl beim Jobcenter wie auch der Arbeitsagentur melden können, es gebe eine gute Vernetzung.

Stadtrat Kasdorf fragt an, ob eine Prognose für die nächsten 5 bis 10 Jahre abgegeben werden könne.

Frau Dr. O`Sullivan antwortet hierzu, dass eine Prognose für diesen Zeitraum unlauter wäre.

Stadtrat von Stackelberg fragt nach den Erfahrungswerten bei der Berufsankennung.

Herr Schick merkt hierzu an, dass der Bewerberkreis andere Voraussetzungen mitbringe. Dies sei eher beim Jobcenter der Fall.

Frau Falke wolle noch darauf hinweisen, dass Weiterbildung und Qualifizierung nicht nur vor der Aufnahme einer Beschäftigung, sondern auch während der Praxis in einem Arbeitsverhältnis erfolgen könne. Hier gebe es auch Fördermöglichkeiten. Auf Nachfrage von Stadträtin Moersch, sagt Frau Falke das Nachreichen von Flyern zu.

Stadtrat Link sieht ebenso die Zielrichtung in der Aus-und Weiterbildung mit der Praxiserfahrung im Betrieb. Allerdings sehe er ebenso das Problem mit der drohenden Abschiebung.

EBM Seigfried spricht seinen Dank aus und schließt diesen TOP.

Beratungsverlauf:

Frau Palmer und Herr Knodel (Fachstelle Wohnungssicherung/FAWOS) berichten anhand einer Präsentation über ihre Arbeit. Man habe das Ziel Obdachlosigkeit zu verhindern und geht aktiv frühzeitig auf die Betroffenen zu. Man schließe hier eine Lücke im Hilfesystem. Im Idealfall werde der Wohnungsverlust verhindert. Für die Fachstelle seien 1,5 Sozialarbeiterstellen eingerichtet worden. Der Anteil der zwei Sozialarbeiterinnen verteilt sich zu 90% auf Ludwigsburg, Besigheim 10%, Korntal- Münchingen 20% und Kornwestheim 30%. Die Zusammenarbeit mit den Kommunen sei unabdingbar. Die Hauptfinanzierung dieses Projektes von 85% erfolgt durch einen europäischen Hilfsfonds, mit 10% beteiligt sich das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Kommunen mit 5%. Die Projektförderung sei bis Ende 2018 bewilligt. Durch die gute Kooperation mit dem Mieterbund konnten unter Anderem umfangreiche mietrechtliche Fragen geklärt werden. Ziel sei Verbesserungen in den Kommunikationswegen zwischen dem Amtsgericht, sowie Job- Center zu erreichen. Zudem werden die Anschreiben überarbeitet, sowie die Erhöhung des Bekanntheitsgrades. Ob und wie dieses Angebot ab 2019 aufrecht erhalten bleiben könne, müsse im kommenden Jahr geklärt werden.

EBM Seigfried fügt hinzu, dass der Ansatz in der Vermeidung der Obdachlosigkeit durch frühzeitige Beratung liege. Im nächsten Jahr müsse man sich mit diesem Thema auseinandersetzen. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer dankt für den interessanten Bericht. Rechtzeitig müsse die Perspektive dieses Projektes ausgelotet werden. Er merkt an, dass es von der Karlshöhe ein „Messie Projekt“ gebe und wolle wissen, wie hier die Zusammenarbeit sei.

Die Bilanz könne sich sehen lassen, so Stadträtin Steinwand- Hebenstreit. Das Projekt müsse weitergehen. Zudem wolle sie wissen, ob die Schuldnerberatung extern erfolge. Sie wünsche weiterhin viel Erfolg und dankt für die Arbeit.

Stadträtin Faulhaber spricht ebenso ihren Dank aus. Das Projekt sollte nachhaltig gesichert werden. Unerfreulich sei für sie, dass der Gemeinderat die hohe Eigenbeteiligung bei den Obdachlosenunterkünften beschlossen habe. Sie hoffe auf eine gute Anschlusslösung nach Ende der Projektförderung.

Lobende Worte spricht Stadtrat Dengel für die geleistete Arbeit aus. Die aufsuchende Arbeit sei gut, da im Vorfeld einiges erreicht werden könne. Ihn interessieren die getroffenen Vereinbarungen zu Verhaltensänderungen und die Konsequenzen.

Stadtrat Heer sieht die Arbeit als hervorragend und sehr wichtig für die Gesellschaft. Die Kostensituation müsse im kommenden Jahr geklärt werden. Finanziell zu beteiligen sei nicht nur die Stadt Ludwigsburg, sondern möglicherweise auch der Landkreis und andere Träger.

Frau Palmer geht auf die offenen Fragen ein. Mit der Karlshöhe und dem sozialpsychiatrischen-/medizinischen Dienst des Landratsamtes bestehe zum Thema Messie eine enge Kooperation. Bezüglich der Schuldnerberatung stehe man mit der Sozialberatung e.V. und der Schuldnerberatung des Landratsamtes in Kooperation. Zur Frage der Vereinbarungen zu Verhaltensänderungen könne sich der Vermieter jederzeit melden. Den Betroffenen werden die Konsequenzen des Wohnungsverlustes aufgezeigt.

TOP 6

Zwischenbericht zur Fachstelle
Wohnungssicherung
- mündlicher Bericht

Herr Knodel fügt noch hinzu, dass der Migrationshintergrund der Betroffenen bei über 60% liege. Vermehrt müsse über die rechtliche Lage aufgeklärt werden. Die Fachstelle versuche die Betroffenen an weiterführende Hilfeinrichtungen zu vermitteln. Zu „Haus und Grund“, sowie Mieterbund gebe es gute Kontakte. Hier könne der Kontakt frühzeitig über die Vermieter erfolgen. Rechtsberatung müsse klar abgegrenzt werden.

Stadtrat Haller will wissen, ob es Betroffene gebe, die im Sozialsystem nicht erfasst seien.

Herr Knodel teilt mit, dass Anfragen aus anderen Kommunen abgewiesen werden mussten. Momentan sei noch Aufbauarbeit zu leisten auch in der Verknüpfung des Netzwerkes. Die Menschen müssen noch besser erreicht werden.

EBM Seigfried merkt noch an, dass Herr Knodel mit seiner Idee bei den Kommunen geworben habe, die Resonanz sei nicht sehr groß gewesen.

TOP 7

Zwischenbericht Wohnraumaktivierung

Vorl.Nr. 133/17

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried setzt vor Eintritt in die Tagesordnung diesen Tagesordnungspunkt ab.

TOP 8

Annahme von Spenden, Schenkungen u. ä.
Zuwendungen
- Annahme einer Einzelzuwendung

Vorl.Nr. 169/17

Beschluss:

Die Spende der Wüstenrot Stiftung, 71630 Ludwigsburg in Höhe von **10.000 EUR** zugunsten des Ludwigsburg Museums wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube
Stadträtin Orzechowski
Stadtrat von Stackelberg
Stadtrat Weiss

Beratungsverlauf:

Nachdem kein Sachvortrag und keine Aussprache erwünscht, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.